

(...) Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

(B. Brecht, Das große Karthago)

Krieg in Frieden und Freiheit

23. Mai 2000:

„Die Kommission ‚Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr‘ legt das Ergebnis der Beratungen der Bundesregierung und damit zugleich der Öffentlichkeit vor. Sie war im Frühjahr 1999 zusammengetreten. Ihre Mitglieder hatten das Mandat auf Bitten der Bundesregierung. Die Arbeit vollzog sich im Zeichen völliger Unabhängigkeit. Die Kommission hat die lebhafteste öffentliche Diskussion zu ihren Themen aufmerksam verfolgt, ohne sich an ihr zu beteiligen oder sie als Behinderung ihrer eigenen Arbeit je wirksam werden zu lassen.“

Mitglieder in der Kommission waren unter anderem Vertreter von Daimler-Chrysler, mehrere Generäle a.D., der beiden Kirchen. Für Ignatz Bubis, der bis zu seinem Tod im August 1999 gerade mal drei Monate Mitglied in der Kommission war, wurde kein Nachfolger berufen.

Gewerkschafter waren in der Kommission nicht vertreten. Auch auf der Gästeliste der Kommission ist kein Vertreter einer Gewerkschaft verzeichnet, dafür umso mehr Militärs und Wirtschaftsvertreter. Nicht einmal nachdem Herbert Mai (Vorsitzender der ÖTV) in Bonn am 4. Oktober 1999 die „Grundsätze für die Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und Verbänden sowie dem Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen der Modernisierung der Wehrverwaltung des Bundes“ unterschrieben hatte, hatte er sich für die Kommission qualifiziert – eine Erklärung, die nicht nur die Reste antimilitaristischer Positionen in den Gewerkschaften angreift, sondern die Gewerkschaften selbst in den Dienst des deutschen Militarismus stellt.

Bei der angestrebten Reform handelt es sich nicht um eine kleine Korrektur oder ähnliches sondern nach Aussagen der Kommission um eine „Erneuerung von Grund auf“. Doch diese geplanten Reformen verändern nicht nur die Bundeswehr, sondern die gesamte Gesellschaft so, dass dem ehemaligen Botschafter der BRD in Italien und den Niederlanden, Hans Arnold, nur zugestimmt werden kann, wenn er den deutschen Planungen bereits 1996, *„politisch, militärisch und unter ethischen Gesichtspunkten die Qualität einer zweiten Wiederbewaffnung“* (Die Zeit, 8.11.96) beimisst.

„Reformziele“

Bei der geplanten Reform (in welcher Variante sie dann immer auch verwirklicht wird) handelt es sich um die Militarisierung der Gesellschaft durch einen offenen Pakt von Wirtschaft und Militär. Dadurch wird die Bundeswehr sicher nicht ziviler. Zum Bürger in Uniform kommt der Soldat in Zivil.

Der deutsche Imperialismus beweist, dass er von Krieg zu Krieg dazu gelernt hat. Im ersten imperialistischen Weltkrieg begann der umfassende militärische Zugriff auf die Wirtschaft erst während des Krieges. Beim zweiten Weltkrieg suchten die Faschisten bereits vor dem Krieg mit ihren Vierjahresplänen die Kriegsvorbereitungen zu koordinieren – die dazu nötige Volksgemeinschaft musste damals noch mittels eines Terrorregimes errichtet werden. Beim dritten Anlauf wird die Volksgemeinschaft vorerst ohne Terror verwirklicht. Demokratisch werden die Kriegsvorbereitungen getroffen oder „partnerschaftlich“ koordiniert.

Zu den erklärten Reformzielen gehört:

1. Die *„Konzentration auf militärische Kernaufgaben bei gleichzeitiger Privatisierung von Dienstleistungen für Betrieb, Entwicklung, Beschaffung, Logistik und Ausbildung“* und damit der engeren Vernetzung zwischen Militär und Gesellschaft.

2. Dass die Einsparungen bei den Personalkosten zu einer forcierten Modernisierung (d.h. Aufrüstung) genutzt werden sollen. Die entsprechenden Zusagen von Finanzminister Eichel an Scharping stehen bereits.
3. Die Vergrößerung der euphemistisch als Krisenreaktionskräfte bezeichneten Einheiten (inzwischen nur noch als Einsatzgruppen bezeichnet) um mehr als das Doppelte (von 60.000 auf 144.000). *„Die Kommission empfiehlt, Fähigkeiten, Strukturen und Umfänge der Bundeswehr primär aus der Eignung zu Kriseneinsätzen abzuleiten. Mit den dafür bereitgestellten Kräften wird auch die Bündnisverteidigung geleistet werden können.“* Zukünftig entscheidet also nicht mehr die Verteidigungsfähigkeit sondern die Angriffsfähigkeit über Größe und Ausstattung der Bundeswehr.
4. Dass die Reservisten dennoch nicht an Bedeutung verlieren, denn für *„die personelle Ergänzung der präsenten Einsatzkräfte und für Spezialaufgaben bei der Versorgung der Zivilbevölkerung und der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Krisengebieten werden sie sogar wichtiger. Bei den letztgenannten Aufgaben kann sich ihre zivilberufliche Qualifikation als besonders hilfreich erweisen. Dafür müssen die Verfahren für die Beorderung und Einberufung von Reservisten konsequent auf Kriseneinsätze ausgerichtet sein.“* Oder kürzer: Reservisten sollen vor allem in der Verwaltung besetzter Gebiete und Protektorate eingesetzt werden. Ganz zu schweigen von „Krisen“ daheim.
5. Die Schaffung neuer Führungsstrukturen für eine effektive Führung mit der Stärkung des Generalinspektors. So wie diese Stärkung geplant ist, läuft das im Endeffekt auf eine Art Generalstab hinaus. Aus verständlichen Gründen vermeidet die Kommission diesen Begriff allerdings, da im Potsdamer Abkommen festgeschrieben wurde, dass Deutschland nie wieder einen Generalstab haben darf.
6. die Stärkung der WEU (Westeuropäische Union). Dabei soll Deutschland immer stärker die Rolle einer „lead-nation“ (also Führungsnation) spielen.

Erkenntnisse?!

Diese Reformziele erfolgen vor dem Hintergrund, dass „Zum ersten Mal in seiner Geschichte (...) Deutschland ringsum von Bündnis- und Integrationspartnern umgeben und keiner äußeren Gefährdung seines Territoriums durch Nachbarn ausgesetzt [ist.] (...) Im übrigen ließe sich eine neue Bedrohungskulisse nur langfristig aufbauen. Acht bis zehn Jahre rechnen die Fachleute dafür. Dies gäbe dem Westen ausreichend Warnzeit.“

Also weg mit der Bundeswehr?

Kaum, denn schließlich ist Deutschland *„eng in das globale System gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit verflochten. Es ist angewiesen auf die kontinuierliche Einfuhr vieler Güter insbesondere jener Rohstoffe, die für das Funktionieren unserer Wirtschaft und damit für das normale Leben unentbehrlich sind. Störungen sind am ehesten bei der Lieferung von Erdöl vorstellbar, da die Hälfte der Weltproduktion und 60% der heute bekannten Ölvorkommen in der geopolitischen Turbulenzzone rund um den persischen Golf konzentriert sind. (...) Als zweitgrößter Handelsstaat der Erde hat die Bundesrepublik ein elementares Interesse am Funktionieren eines offenen Weltwirtschaftssystems und eines freien Seeverkehrs. (...) Deutschland darf sich nicht scheuen, finanziell, personell und konzeptionell in diesen Institutionen Mitverantwortung zu übernehmen.“*

Klartext: Weg mit der Bundeswehr – her mit der Wehrmacht!

Doch stehe Deutschland noch weit hinter der USA zurück – dies hätte vor allem der „Kosovo-Konflikt“ gezeigt. Doch diese Erfahrungen der Zusammenarbeit im Krieg gegen Jugoslawien soll genutzt werden. Wie?

Treueschwüre

„Sicherheit für Deutschland und Europa gibt es weiterhin nur mit den Vereinigten Staaten, nicht ohne sie.“

In der Öffentlichkeit soll also das Bild wachgehalten werden, dass der Ausbau der WEU und deren Integration in die EU nur eine Emanzipation und Entlastung **von** den USA bei einer gleichzeitigen Stärkung der NATO darstellt und natürlich nicht gegen diese gerichtet sei. Doch auch die Süddeutsche Zeitung (SZ), die im Krieg gegen Jugoslawien die Propaganda der Regierung genauso unüberprüft übernommen hatte wie der Rest der bürgerlichen Presse, kommt am 7.2.2000 nicht umhin, aus Anlass der Münchner Konferenz auf Seite 1 zu titeln:

„Heftige Kontroverse auf Münchner Sicherheitskonferenz. USA lehnen eigenständige Verteidigungspolitik ab.“

Und weiter: „Cohen beharrt auf Vormachtstellung der NATO“. Schuld daran, dass überhaupt die Rede von einem Zerwürfnis sein kann, ist vordergründig der Streit über die Pläne für ein amerikanisches Raketenabwehrsystem. Aber auch das natürlich vollkommen unbegründete Misstrauen der Amerikaner, in der WEU eine Konkurrenz zur NATO zu sehen, wie die SZ an gleicher Stelle zu berichten weiß.

Deutscher Schritt und Tritt in Europa

Die WEU soll aufgebaut und in die EU integriert werden, Deutschland soll dabei die Rolle einer Führungsnation einnehmen. Wie sieht das aus deutscher Sicht aus?

Durch die Einschmelzung der WEU in die EU wird diese auch „*de jure zu einer Sicherheitsallianz. Das ist deswegen bedeutsam, weil die Beistandsklausel des WEU-Vertrags verbindlicher ist als der Artikel 5 des Nordatlantikpakts.*“ Die USA also bleiben außen vor. Und nach einer Sprengung der NATO könnte Deutschland sich auch offiziell eigene Atomwaffen zulegen, da Deutschlands Verzicht auf Atomwaffen nur solange gilt wie die NATO existiert. Dann müsste es sich nicht mehr mit einer Mitverfügung bei den französischen und den in Deutschland stationierten US-amerikanischen Atomwaffen begnügen.

Zur Vereinheitlichung der europäischen Rüstung sollen die staatlichen Rüstungskonzerne privatisiert werden – im Gegensatz zu Frankreich besitzt Deutschland keine staatliche Rüstungsindustrie. „*Die sich abzeichnende Neuordnung der westeuropäischen Industriestrukturen durch Fusionen und Aquisitionen wird die zukünftige Zusammenarbeit erleichtern.*“ Ausdrücklich gelobt werden hierbei die „*Industriezusammenschlüsse der letzten Zeit – so der Zusammenschluss von Unternehmen Frankreichs, Deutschlands und Spaniens zur European Aeronautic Defense and Space Company (EADS)*“. Wobei die deutsche DASA als der kleinere Fusionspartner ein Übergewicht an Einfluss hat. Insgesamt gesehen stellt dies den Versuch Deutschlands dar, sich im Rahmen und unter dem Vorwand einer Vereinheitlichung der Rüstungsindustrie den Zugriff auf die Rüstungsproduktion der anderen Länder zu verschaffen.

Es wird aber nicht nur versucht, Zugriff auf die Rüstungsindustrien der anderen EU-Länder zu gewinnen, sondern auch die Befehlsgewalt über Verbände benachbarter Länder und Verbündeter: „*Mit Blick auf rein europäisch geführte Operationen sollte Deutschland als eine der großen Nationen auch militärische Führungskapazitäten bereitstellen können.*“

Auf Grundlage des Eurokorps (mit Verbänden aus Frankreich, Belgien und Deutschland) entsteht derzeit eine schnelle Eingreiftruppe von 50.000–60.000 Mann. Bereits 1998 bildeten Polen, Dänemark und Deutschland ein gemeinsames Militärkorps. Dazu schreibt die BZ am 7.9.1998: „*Bis zur Nato-Erweiterung unterstehen die Soldaten ihren jeweiligen Ländern. Doch auch nach dem Beitritt wird das Korps nicht voll in die Strukturen des NATO-Oberkommandos integriert sein.*“ Gott bewahre, das Oberkommando in Europa lässt sich der deutsche Imperialismus nicht nehmen.

Bereits seit 1995 existiert ein deutsch-niederländisches Heereskorps: „*Mit dem Aufgehen ihrer ersten und inzwischen einzigen Division in diesem Verbund verliert das Königreich der Niederlande zugleich ein gehöriges Stück seiner militärischen Souveränität. (...) Um Befürchtungen niederländischer Militärs zu entkräften, künftig nur noch als Filiale der Bundeswehr zu agieren, wurde mit dem Generalleutnant Ruund Reitsma ein Niederländer an die Spitze der Korps berufen: Turnusgemäß wird er nach drei Jahren von einem Deutschen abgelöst. (...) Die Befehls- und Hierarchiehörigkeit ihrer deutschen Kollegen ... das Zusammenschlagen der Hacken, das markige Grüßen von Vorgesetzten wird von niederländischen Militärs oft noch als ‚preußische Soldaten spielen‘ empfunden.*“ (BZ 30.8.1995)

Eine Einschränkung der nationalen Befehlsgewalt über das eigene Militär – bei anderen Staaten ja, bei den Niederlanden sogar vollständige Aufgabe. Für Deutschland jedoch gilt:

„*Künftig wird die Einsatzführung deutscher Streitkräftekontingente im Einsatzgebiet multinationaler Kommandobehörden jeweils nur zeitlich begrenzt übertragen. Die nationale politische Kontrolle des Einsatzes gewinnt an Bedeutung.*“

Damit ist Deutschland derzeit dabei in „Frieden“ das zu erreichen, „*woran wir zweimal zuvor gescheitert sind*“ (Kinkel): Die politische, wirtschaftliche und militärische Hegemonie über Europa als Voraussetzung im Kampf zur Aufteilung der Welt.